

Wahlprüfsteine

BV der Familienzentren e.V.

Das junge MV.

FDP Mecklenburg-Vorpommern, Goethestraße 87, 19053 Schwerin

Bundesverband der Familienzentren e.V.
c/o Karl Kübel Stiftung
z. Hd. Frau Kobelt Neuhaus
Darmstädter Str. 100
64625 Bensheim

Schwerin, den 14. Juli 2016

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2016 in Mecklenburg-Vorpommern hier: Ihr Schreiben vom 19. April 2016

Sehr geehrte Frau Kobelt Neuhaus,

vielen Dank für Ihr Schreiben mit den Wahlprüfsteinen des Bundesverbandes der Familienzentren e.V.. Sehr gerne werden wir im Folgenden auf Ihre Fragen eingehen und unsere liberalen Positionen darstellen. Gestatten Sie uns eine Vorbemerkung:

I. Qualität in der frühkindlichen Bildung

1. Welche Bedeutung haben Familienzentren aus Sicht der FDP für die Qualität und Chancengerechtigkeit in der frühkindlichen Bildung?

Zu 1)

Alle Initiativen, die sich entsprechend Ihrem Positionspapier als Familienzentren verstehen, leisten einen sehr wichtigen Beitrag für die frühkindliche Bildung. Die FDP weiß diesen Beitrag wertzuschätzen und steht Ihnen gerne als politischer Ansprechpartner zur Verfügung.

2. Was plant Ihre Partei in der kommenden Legislatur um nach dem quantitativen Ausbau nun auch den qualitativen Ausbau im U3-Bereich zu verbessern? Was hat die FDP in der vergangenen Legislatur bereits umgesetzt?

Zu 2)

Zentrale Notwendigkeit ist die Reform des qualitätsmindernden und hemmenden Finanzierungssystems. Die aktuelle Situation ist dadurch geprägt, dass Eltern und die Wohnsitzgemeinde, diejenigen wären, die qualitative Verbesserungen bezahlen müssten. Das wird der gesamtstaatlichen Verantwortung für eine qualitativ hochwertige frühkindliche Bildung nicht gerecht und gilt es insofern zu ändern. Der Anteil des Landes an der Finanzierung der Bildungsangebote muss dringend erhöht werden.

Freie
Demokraten

Mecklenburg-
Vorpommern FDP

weiter zu 2)

Da in der frühen Kindheit die wesentlichen Voraussetzungen für die Persönlichkeitsentwicklung und den späteren Bildungserfolg gelegt werden, müssen bereits am Anfang des Lebens gleichwertige Entwicklungs- und Bildungschancen für alle Kinder bestehen. Auch wenn die Eltern den wesentlichen Teil der Verantwortung tragen, muss aus Sicht der Freien Demokraten mit vielfältigen Bildungsangeboten sichergestellt werden, dass sich jedes Kind gemäß seiner Talente, Begabungen, Interessen und Neigungen weiterentwickelt - unabhängig von seiner sozialen Herkunft. Für die frühkindliche Bildung braucht Mecklenburg-Vorpommern fachlich qualifiziertes Personal, das sich stetig fort- und weiterbildet. Eine wichtige Aufgabe der Kindertageseinrichtungen ist für uns die Zusammenarbeit mit den Grundschulen der Region. Der gegenseitige Austausch über die jeweiligen Bildungskonzepte ist Grundlage für die Individualisierung und Flexibilisierung des Übergangs von der Kindertageseinrichtung in die Grundschule. In Abstimmung mit den Eltern können konkrete Fördermaßnahmen so besser den Möglichkeiten der Kinder entsprechend durchgeführt werden. Kindertageseinrichtungen sind für uns Freie Demokraten Bildungseinrichtungen. Kurzfristiges Ziel muss deshalb die für Eltern kostenfreie Betreuung und Förderung von Kindern vom ersten Lebensjahr bis zum Schuleintritt sein. Die derzeitigen Elternbeiträge müssen dazu schrittweise abgesenkt werden. Arbeitgeber, die Kosten der Kindertagesbetreuung für ihre Mitarbeiter übernehmen, müssen in ihrer Vorbildfunktion mehr gewürdigt werden.

3. Welches Fachkraft-Kind-Verhältnis (U3- und Ü3-Bereich) strebt die FDP in Mecklenburg-Vorpommern an, um die Bildungsqualität und die Chancengerechtigkeit im frühkindlichen Bereich zu verbessern?

Zu 3)

Es sollte ständig evaluiert werden, wie sich das Fachkraft-Kind-Verhältnis entwickelt. Es muss unser Anspruch sein, mindestens im oberen Drittel der Bundesländer abzuschneiden. Grundsätzlich werden wir uns für eine schrittweise Verbesserung des Fachkraft-Kind-Verhältnisses einsetzen. Dies sehen wir als Schlüssel für den Bildungsanspruch und die qualitative Verbesserung an. Die Optimierung des Fachkraft-Kind-Verhältnisses darf der Optimierung in allen anderen Bildungsbereichen nicht nachstehen.

4. Wie möchte die FDP Familienzentren (nach der obenstehenden Definition) in Mecklenburg-Vorpommern fördern und Anreize für die Entstehung neuer Familienzentren geben?

Zu 4)

Ein wichtiges Stichwort ist für uns Entbürokratisierung. Das hohe Engagement von Eltern und haupt- wie ehrenamtlicher Akteure in der frühkindlichen Bildung wird durch eine Vielzahl an Regelungen und Vorschriften ausgebremst. Aufgabe von Politik muss es sein, verlässliche und verständliche Rahmenbedingungen in diesem wichtigen gesellschaftlichen Bereich zu schaffen. Gerne kommen wir mit Ihnen ins Gespräch, um Ihre konkreten Vorstellungen gemeinsam zu diskutieren.

5. Wie möchte die FDP in der kommenden Legislaturperiode die Inklusion im frühkindlichen Bereich in Mecklenburg-Vorpommern – auch vor dem Hintergrund der Zuwanderung von Menschen mit Fluchterfahrung – weiter vorantreiben?

Zu 5)

Die Umsetzung der inklusiven Bildung in den Bildungseinrichtungen des Landes erfordert eine deutliche Verbesserung der Unterstützungsmaßnahmen für die zu fördernden Kinder, einschließlich einer grundlegenden und prozessbegleitenden Fortbildung der Fachkräfte in der frühkindlichen Bildung, an den Grund- und weiterführenden Schulen. Die gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die die Zuwanderung stellt, muss ausreichend und zielgerichtet ausfinanziert sein, damit gerade hier eine schnelle Integration erfolgen kann, ohne dass die Qualität der inklusiven Bildung insgesamt abnimmt, weil die persönliche Förderung sich auf mehr Kinder richtet.

II Strukturelle und finanzielle Rahmenbedingungen

1. Möchte die FDP Einrichtungen, die ein umfassendes und ganzheitliches Angebot für Familien anbieten, zusätzlich fördern?

Zu 1)

Ja, aus Sicht der Freien Demokraten sollen alle Angebote gleichberechtigt gefördert werden. Dabei steht für uns im Vordergrund, dass die Förderung kindesbezogen erfolgt. Gerne berücksichtigen wir bei den künftigen Haushaltsberatungen Ihre Stellungnahmen hinsichtlich einer auskömmlichen Finanzierung der Familienzentren.

2. Wird die FDP bei einer erneuten Regierungsbeteiligung diesen Koordinierungsaufwand bei der Landesförderung strukturell oder finanziell berücksichtigen?

Zu 2)

Für die FDP steht der Wiedereinzug in das Parlament im Fokus des anstehenden Landtagswahlkampfes. Konkrete Aussagen über eine mögliche Regierungsbeteiligung werden wir erst nach Ausgang der Landtagswahl machen können. Im Falle einer Regierungsbeteiligung werden wir jedoch die Vielfalt des Angebots in der frühkindlichen Bildung weiter fördern und die Förderung frei von Ideologien ausrichten.

3. Sieht die FDP darüber hinaus die Notwendigkeit einer Novellierung des Kinderförderungsgesetzes (KiföG M-V) in der kommenden Legislatur?

a) Wenn ja, in welcher Hinsicht?

b) Planen Sie in der 7. Wahlperiode eine Reduzierung des Fachkraft-Kind-Verhältnisses im U3-Bereich?

c) Plant die FDP bei einer Regierungsbeteiligung eine Ergänzung des § 8 KiföG M-V (Bildungs- und Erziehungspartnerschaft), um eine Teilhabe von Eltern ohne Deutschkenntnisse bei der Konzeption der Kindertageseinrichtung zu ermöglichen und ihnen die Information über die Angebote der Einrichtung zur Verfügung zu stellen?

Zu 3)

a) Eine Reform des Kindertagesförderungsgesetzes ist seit langem überfällig. Wichtig ist uns, dass jedem Kind von Anfang an die beste Bildung zuteil wird. Dafür kommt es darauf an, dass alle Träger von Kita, Krippe und Hort sowie Tagespflegepersonen gleichberechtigt vom Land unterstützt werden. Der Besuch einer Betreuungs- und Bildungseinrichtung sollte nach Möglichkeit kostenfrei und so unbürokratisch wie möglich sein. Die Eltern müssen zwingend die freie Wahl über den Ort, die Form, die Verpflegung und die Dauer der Betreuung ihrer Kinder haben.

Unbedingt müssen bei der notwendigen Novellierung die Mitbestimmungsrechte und -möglichkeiten der Eltern gestärkt werden.

b) Siehe Antwort I. 3)

c) Dies ist ein Ansatz, den wir Freien Demokraten für notwendig erachten, wenn die Integration Erfolg haben soll und vor allem bereits bei den jüngsten anzusetzen ist.

III. Vereinbarkeit von Familie und Beruf

1. Wie möchte die FDP die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Pflege und Beruf in Mecklenburg-Vorpommern weiter verbessern?

Zu 1)

Für das Personal in der Landesverwaltung und in der „freien“ Wirtschaft werden wir uns für familienfreundliche Arbeitszeitmodelle und einen Ausbau von Heim- und Telearbeit einsetzen. Im Steuerrecht fordern wir eine stärkere Entlastung von Familien durch entsprechende Freibeträge bis hin zu einem echten Familiensplitting, damit genügend finanzieller Spielraum für eine echte gesellschaftliche Teilhabe bleibt. Auch vor dem Hintergrund des akuten Fachkräftemangels in unserem Land verzichten wir auf staatliche Vorgaben für die Arbeitgeber und vertrauen auf partnerschaftliche Regelungen mit den Arbeitnehmern, durch innovative Infrastrukturmaßnahmen kann Arbeit flexibilisiert werden hinsichtlich Zeit und Ort. Bei der Pflege für ältere Familienangehörige fordern wir das freie Wahlrecht. Nicht Kranken- und Pflegekassen oder Sozialämter dürfen darüber entscheiden, wie ein älterer und ggf. pflegebedürftiger Mensch zu leben hat.

2. Welche Faktoren (Öffnungszeiten, Angebot, Partizipation der Eltern) sind für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf aus Sicht der FDP maßgeblich und wie planen Sie diese in der kommenden Legislatur gezielt zu verbessern?

a. Öffnungszeiten von Kindertageseinrichtungen und Betreuungsangebote für Eltern im Schichtdienst:

b. Bedarfsgerechte Angebote in oder im Umfeld der Kindertageseinrichtungen (One-Stop-Shop-Prinzip):

c. Partizipation der Eltern – Eltern als Experten für ihre Kinder ernst nehmen (§8 KiFöG M-V):

d. Zusätzliche Faktoren, die aus Sicht der FDP maßgeblich sind:

zu 2)

Für viele Eltern steht die Qualität bei der Betreuung ihrer Kinder im Vordergrund. Ein besseres Betreuungsverhältnis ist hierfür entscheidend. Dafür werden wir uns in besonderer Weise einsetzen. Das Mitspracherecht der Eltern muss nachhaltig verbessert werden.

Das hat der Streit um die Abrechnungsmodi und die Kostenhöhe sowie Qualität des Kitaessens sehr deutlich gezeigt. Die FDP versteht die Kindertagesbetreuung zudem weniger als eine sozial-, sondern vielmehr als eine bildungspolitische Aufgabe. Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass das Bildungsministerium die Zuständigkeit für diesen Bereich übernimmt.

Den Eltern muss eine Vielfalt an Betreuungsangeboten zur Verfügung stehen, um aus dem Angebot an verschiedenen Öffnungszeiten, Urlaubs- und Schließzeiten auf ihre Lebensrealität reagieren zu können.

IV. Inklusion und Umgang mit Heterogenität in Kindertageseinrichtungen

1. Welche Rolle haben aus Sicht der FDP Kindertageseinrichtungen und vor allem Familienzentren bei der Integration von neuzugewanderten Familien in den Städten und Gemeinden?

Zu 1)

Den Kindertageseinrichtungen kommt eine entscheidende Rolle bei der Integration von Flüchtlings- und Einwanderungskindern zu. Damit Krippe, Kita, Hort oder Kindertagespflegepersonen diese Herausforderung auch meistern können, müssen sie zwingend eine bessere finanzielle Kompensation erhalten. Integration kann nur gelingen, wenn hinreichend personelle Unterstützung, etwa in Form von Sprachmittlern, zur Verfügung steht.

2. Welche Chancen ergeben sich aus der Sicht der FDP aus der Inklusion im frühkindlichen Bereich?

Zu 2)

Inklusion im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention ist politische wie gesellschaftlicher Konsens. Bei der konkreten Umsetzung zeigen sich jedoch noch erhebliche Schwächen. Gerade was die Teilhabe schwerstkranker Kinder in der Kindertagesbetreuung angeht, besteht dringlicher Handlungsbedarf bei den verantwortlichen Kostenträgern.

3. Welche Chancen sieht die FDP in der aufsuchenden Arbeit in den Familien, um die Integration von Familien mit Fluchterfahrungen zu fördern?

Zu 3)

Die Chancen bei der Integration von Flüchtlingen sind nur dann größer als die Risiken von Parallelgesellschaften, wenn im offenen Dialog Ressentiments und Unwissenheit proaktiv angegangen werden. Aufsuchende Familienarbeit kann in diesem Sinne Positives bewirken und niedrigschwellig angeboten werden im eigenen Umfeld der Familien.

4) Möchte die FDP interkulturelle und interreligiöse Kompetenzen bei pädagogischen Fachkräften an Kindertageseinrichtungen und in der Familienbildung fördern?

a. Wenn ja, plant die FDP bei einer Regierungsbeteiligung dies in die verbindlichen Standards für die Curricula der Aus-, Fort- und Weiterbildung der pädagogischen Fachkräfte aufzunehmen (§11a Abs. Abs. 4 KiFöG M-V)?

Zu 4 a)

Wir Freien Demokraten werden uns dafür einsetzen, dass im Wege von Aus- und Weiterbildung interkulturelle Kompetenzen entwickelt werden können. Verbindliche Standards sollten bedarfsgerecht gesetzt werden. Dies schließt Grundkenntnisse der religiösen Besonderheiten ein. Die Religion sollte dabei aber nicht im Vordergrund stehen, um der verfassungsrechtlichen Religionsfreiheit Ausdruck zu geben und nicht religiöse Unterschiede zu betonen.

b. Plant die FDP bei einer Regierungsbeteiligung diesbezüglich eine finanzielle und/oder fachliche Unterstützung für Fachkräfte?

Zu 4 b)

Für die anstehende wichtige Integrationsaufgabe sollte zumindest eine Anschubförderung erfolgen, die nach und nach wieder abgesenkt werden kann. Interkulturelle Kompetenzen sollten für bestimmte Berufsgruppen (auch über pädagogische Fachkräfte hinaus) Selbstverständlichkeit werden.

5) Ab wann gilt aus Sicht der FDP ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz (Ü3) für Kinder, die geflüchtet sind? Und ab wann sollte er gelten, um die Bildungschancen der Kinder mit Fluchterfahrung zu fördern?

Zu 5)

Gerade Kinder mit Fluchterfahrung sollten schnell die für sie beste (frühkindliche) Bildung erhalten, um von Anfang an gute Chancen für die eigene Perspektive nutzen zu können. Der frühestmögliche Zeitpunkt ist immer der richtige Zeitpunkt. Insofern sollte hier der Rechtsanspruch auch frühestmöglich bestehen.

6) Wie plant die FDP in der kommenden Legislatur eine Integration von Familien mit Fluchterfahrung vor Ort zu fördern?

Zu 6)

Gerade Menschen mit Fluchterfahrung brauchen schnelle Hilfe bei den bürokratischen Hürden, der Wohnungssuche, Sprachangebote und weiterführende Integrationsangebote. Die Freien Demokraten unterscheiden in Zuwanderer, die dauerhaft bleiben, Asylbewerber und – berechnigte, die aufgrund individueller Verfolgung und Bedrohung langfristig Schutz suchen, bis die Gefährdungssituation entfällt und Kriegsflüchtlinge, die in der Regel nach Kriegsende wieder in ihre Heimat zurückkehren wollen. Daraus ergeben sich viele gleiche Integrationsleistungen für alle drei Gruppen, aber auch Besonderheiten, die künftig besser berücksichtigt werden.

Wichtigstes Ziel ist, dass die Kommunen und ehrenamtliche Kräfte vor Ort nicht allein gelassen werden mit den Kosten und aufzubauenden Strukturen. Eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist auch gesamtgesellschaftlich zu finanzieren und durch gezielte bedarfsgerechte Integrationsarbeit anzugehen. Die Integrationsbereitschaft muss aber auch eingefordert werden und darf nicht nur ein einseitiges Angebot sein.

V Zuständigkeitsübergreifende Kooperation

1) Welche Maßnahmen plant die FDP zur Entsäulung der Zuständigkeiten für eine verbesserte Abstimmung der Angebote von Dienstleister wie Jugendhilfe, Sozialhilfe und dem Gesundheitswesen?

Zu 1)

Hier sind verschiedene politische Ebenen angesprochen, sich besser zu koordinieren und Hilfe und Unterstützung aus einer Hand anzubieten, ohne dass den Betroffenen die verschiedenen Zuständigkeiten vorgehalten werden.

Gedacht vom Kind erscheint es sinnvoll, einen Kinderbeauftragten auf der Landesebene zu etablieren, der Ansprechpartner für die Kinder ist und die Vorhaben der Landesregierung auf die Kinderverträglichkeit und unter dem Aspekt des Kindeswohles prüft. Auf der kommunalen Ebene gilt es mit geeigneten Instrumentarien die Problemlösung primär aus der Sicht des Kindes zu betreiben und hierfür institutionelle Strukturen zu schaffen, die Koordinierungsaufgaben wahrnehmen.

Runde Tische, gemeinsame Arbeitsgruppen, Konsultationen und Hospitationen können helfen, dass Jugendhilfe, Sozialhilfe, Gesundheitswesen, Schulsozialarbeit usw. Hand in Hand arbeiten.

2) Die Unterstützung durch das Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes erreicht aus Sicht des BVdFZ nicht die Familien, die sie benötigen. Welche Angebote und Maßnahmen plant die FDP um Multiproblemfamilien in Mecklenburg-Vorpommern zu erreichen und sie zu unterstützen?

Zu 2)

Hier sollte ein niedrigschwelliges Angebot gemacht werden und in bekannten Multiproblemfamilien sollte die Antragstellung und das Abrufen der Möglichkeiten eng begleitet werden.

Diese Möglichkeiten müssen personell unteretzt werden, damit das Bildungs- und Teilhabepaket seine Wirkung überhaupt erfüllen kann.

Wir freuen uns darauf, diese und weitere Fragen in einem persönlichen Gespräch zu diskutieren. Gerne werden wir dann Ihre Anregungen in unserer politischen Arbeit berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen



Cécile Bonnet-Weidhofer

Spitzenkandidatin



René Domke

Landesvorsitzender